

**Liebe Leserinnen und Leser,**

der August bringt Erfolge für unsere Fraktion: Unser Einsatz für handyfreie Grundschulen zeigt Wirkung – das Land plant ein landesweites Handyverbot. Gleichzeitig setzen wir uns entschlossen gegen die geplante Wehrpflichtreform ein und kritisieren scharf die Einführung einer neuen Polizeieinheit zur Grenzkriminalität, die wir als „Grenzpolizei durch die Hintertür“ ablehnen.

Erfahren Sie, warum wir das Handyverbot an Grundschulen als wichtigen Schritt sehen, welche Probleme die Wehrpflichtgesetzesreform mit sich bringt und warum wir die „Fahndungsgruppe Grenze“ kritisch bewerten.

**Herzliche Grüße**

**Ihre BSW Fraktion im Sächsischen Landtag**

PS: Gut Ding will Weile haben – wir arbeiten mit Hochdruck an der Neugestaltung unserer Webseite. Dort können Sie dann zukünftig unseren Newsletter auch direkt abonnieren. Bis es soweit ist, halten wir Sie gerne mit diesem Format auf dem Laufenden.

---

## **Aktuelle Presseinformationen**

### **Minister Clemens zeigt Einsicht und folgt dem Vorschlag des BSW zu handyfreien Grundschulen**

Der gestrige Handy-Gipfel zeigt: BSW wirkt!

Studien zeigen, dass eine regelmäßige Smartphone-Nutzung zu deutlichen Lücken in der Bildung führen können. Allein die Anwesenheit eines Handys im Klassenraum kann die Konzentration beeinträchtigen. Daher haben wir als BSW-Fraktion bereits im Mai im Landtag ein einheitliches Handyverbot an Grundschulen gefordert (DS 8/2679). Gerade Kinder im Grundschulalter müssen vor einer übermäßigen Smartphone-Nutzung geschützt werden. Hier sehen wir Schulen als Schutzräume in der Pflicht. Ein Verbot allein reicht natürlich nicht aus. Es braucht zusätzlich ein pädagogisches- und bildungszentriertes Gesamtkonzept zur altersgerechten Nutzung digitaler Medien.

Denn: Erst wenn Kinder und Jugendliche Medienkompetenzen erworben haben, können sie Digitaltechnik sinnvoll nutzen und mit den Gefahren und Risiken umgehen. Es braucht zudem verpflichtende Fortbildungskonzepte für Lehrkräfte sowie digitale Unterrichtsgestaltung und Medienpädagogik als verbindlichen Teil des Lehramtsstudiums sowie des Vorbereitungsdienstes.

Sabine Zimmermann, BSW-Fraktionsvorsitzende dazu: „Wir begrüßen ausdrücklich, dass bei der CDU und dem Minister Clemens nun ein Umdenken stattgefunden hat und ein landesweites Verbot für die Nutzung privater Handys an Grundschulen zum nächsten Schulhalbjahr kommen soll. Wir als BSW hatten dies bereits in den Sondierungsgesprächen und mittels Antrag thematisiert. Unser Einsatz für handy-freie Grundschulen hat nun also deutliche Wirkung gezeigt. Dem Handy-Gipfel müssen jetzt Taten folgen. Wir fordern den Minister auf, Schulen Rechtssicherheit zu geben, die weit über eine individuelle Schullösung oder Hausordnung hinausgeht.“

## **Kritik an der Wehrpflichtgesetzesreform**

Die BSW-Fraktion lehnt das neue Wehrpflichtgesetz aus einer Reihe von Gründen ab.

Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik setzt mittlerweile ausschließlich auf Militarisierung und Aufrüstung. „Die Jugendlichen von heute sollen unter dem Vorzeichen der Kriegstüchtigkeit mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben dafür herhalten, weil sich die deutsche Bundesregierung einer verantwortlichen, auf Diplomatie und Deeskalation setzenden Außenpolitik verweigert“, so der friedenspolitische Sprecher der BSW-Landtagsfraktion Nico Rudolph.

„Die Vorstufe zur Wiedereinführung der Wehrpflicht dient nicht der Sicherheit der deutschen Bevölkerung, sondern soll Deutschland kriegstüchtig machen und uns für einen Krieg gegen Russland vorbereiten, der ja ständig herbeigeredet wird. Das ist das Gegenteil einer verantwortungsvollen Sicherheitspolitik! Gerade anlässlich des Antikriegstags am 1. September sollte verstärkt darüber nachgedacht werden, wie Kriege verhindert und Konflikte diplomatisch gelöst werden können.“

Die flexible Aktivierung der Wehrpflicht öffnet das Tor zu politischer Willkür und verhindert Planungssicherheit im Leben der jungen Menschen. „Es verwundert nicht, dass junge Menschen sich in aktuellen Umfragen deutlich gegen eine Wehrpflicht aussprechen. Wieso fragt eigentlich niemand sie, wo es sie doch ganz konkret betreffen wird?“

Eine Einführung der Wehrpflicht würde laut einer aktuellen Studie im Auftrag des Finanzministeriums mit Milliardenkosten bis zu einem hohen zweistelligen Bereich einhergehen. Dieses Geld wird derzeit viel dringender für den Bildungsbereich, die zivile öffentliche Infrastruktur und im Gesundheitssystem benötigt.

## **Innenpolitischer Sprecher der BSW-Fraktion kritisiert neue Polizeieinheit zur Bekämpfung der Grenzkriminalität als "Grenzpolizei durch die Hintertür"**

Der Sächsische Innenminister kündigte gestern die Einführung einer neuen polizeilichen Einheit zur Bekämpfung der Grenzkriminalität, die sogenannte „Fahndungsgruppe Grenze“ (FGG), an. MdL Bernd Rudolph, innenpolitischer Sprecher der BSW-Fraktion im Sächsischen Landtag, äußert scharfe Kritik an dieser Maßnahme und bezeichnet sie als "Grenzpolizei durch die Hintertür".

„Diese neue Einheit ist nichts anderes als eine verdeckte Einführung einer Grenzpolizei, die wir in dieser Form nicht brauchen“, so Rudolph. „Statt neue Einheiten zu schaffen, sollten wir uns auf die Stärkung der bestehenden Polizeikräfte konzentrieren.“

Rudolph weist darauf hin, dass die sächsische Polizei bereits jetzt unter erheblichem Personalmangel leidet. „Unsere Polizistinnen und Polizisten sind überlastet und unterbesetzt. Die Einführung einer weiteren Einheit wird diese Probleme nur verschärfen.“

Besonders besorgniserregend sind die gravierenden Kürzungen im aktuellen Doppelhaushalt, die die sächsische Polizei betreffen. „Es ist unverständlich, wie man einerseits den Polizeietat kürzt und andererseits neue Einheiten einführt. Diese Politik ist widersprüchlich und gefährdet die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger“, betont Rudolph.

Rudolph fordert daher eine sofortige Überprüfung der aktuellen Maßnahmen und eine deutliche Aufstockung des Polizeipersonals sowie eine angemessene finanzielle Ausstattung der sächsischen Polizei.